



SITZUNG VOM

1. Juli 1974

P r o t o k o l l

der 3. Sitzung

Datum: Montag, 1. Juli 1974

Zeit: 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Paul Broglie

Anwesend: 34 Mitglieder

Abwesend: Karl Kuhn (Ausland)
Werner Surber (Ausland)

Protokoll: Ratssekretär Werner Pfenninger



Traktandenliste

1. Mitteilungen

1.1 Einführungskurs in die Parlamentsarbeit
17./24. August 1974

2. Abnahme des Protokolls der 2. Sitzung

3. Abnahme der Rechnung des Politischen Gemeindegutes
pro 1973 inkl. Fondsrechnungen

4. Abnahme diverser Bauabrechnungen

4.1 BA Transformatorenstation Holiday Inn		
- Brutto-Baukosten	Fr.	166'029,40
- Kreditüberschreitung	Fr.	15'829,40
4.2 BA Transformatorenstation Eich mit Kabelzuleitung		
- Brutto-Baukosten	Fr.	147'434,35
- Kreditunterschreitung	Fr.	6'365,65
4.3 BA Transformatorenstation Glatt-Tor mit Kabelzuleitung		
- Brutto-Baukosten	Fr.	168'410,--
- Kreditunterschreitung	Fr.	8'590,--
4.4 BA Transformatorenstation Au mit Kabelanlage und Strassenbeleuchtung		
- Brutto-Baukosten	Fr.	245'015,30
- Kreditüberschreitung	Fr.	6'015,30
4.5 BA Kabelanlage Frohdörfli/Holzwise		
- Brutto-Baukosten	Fr.	165'115,60
- Kreditunterschreitung	Fr.	1'884,60
4.6 BA Wasserversorgungs- und Hydranten- anlage Platten/Balsberg		
- Brutto-Baukosten	Fr.	481'445,35
- Kreditüberschreitung	Fr.	61'445,35



- 4.7 BA Entsandungs- und Entkeimungsanlage
Pumpwerk Opfikon
- | | | |
|------------------------|-----|-----------|
| - Brutto-Baukosten | Fr. | 92'286,85 |
| - Kreditüberschreitung | Fr. | 28'011,85 |
- 4.8 BA Verbindungs- und Erschliessungs-
leitungen in der Bruggwisen
- | | | |
|------------------------|-----|------------|
| - Brutto-Baukosten | Fr. | 170'201,05 |
| - Kreditüberschreitung | Fr. | 27'201,05 |
5. Interpellation Hans Leemann betreffend Alternative zur
projektierten Nordumfahrung
6. Interpellation Dr. Theodor Ulrich - Antwort des Stadt-
rates
7. Wahl der Mitglieder der Planungskommission
(§ 64 Gemeindeordnung)



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

1. Mitteilungen

1.1 Einführungskurs für Parlamentsarbeit

Der Einführungskurs für die Parlamentsarbeit wird definitiv auf Samstag, 24. August 1974, festgesetzt. Insgesamt haben sich 31 Mitglieder eingeschrieben. Das Büro wird die nötigen Vorarbeiten treffen, damit der Kurs am genannten Datum stattfinden kann.

1.2 Blumen auf der Glatt-Brücke

Herr Fritz Theiler, Alt-Gärtnermeister, Glattbrugg, hat dem Parlament einen Brief zugestellt, worin er sich freut, dass auf der Glatt-Brücke Blumen angebracht wurden. Er dankt den Initianten für die Aufmerksamkeit. Der Brief wird zur Kenntnis genommen.

1.3 Telefonkette für Betagte

Der Presse konnte entnommen werden, dass in Glattbrugg eine Telefonkette für Betagte eingerichtet wurde. Herr Spielmann als Gemeindeglied zeichnet hierfür verantwortlich. Es ist erfreulich, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen auch in dieser Art bestehen.

2. Abnahme des Protokolls der 2. Sitzung

Das Protokoll der 2. Sitzung wird genehmigt und verdankt.

3. Abnahme der Rechnungen des Politischen Gemeindegutes pro 1973 inkl. Fondsrechnungen

Herr Hans Rudolf Abt, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, gibt einige sehr interessante Erläuterungen zur Entwicklung des Steuerertrages, der Schuldzinsen und der städteigenen Grundstücke.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Das Betriebsdefizit im Restaurant Gibeleich beträgt Fr. 61'716,53. Nach Auffassung der Rechnungsprüfungskommission sollten derartige Defizite nicht durch Steuern gedeckt werden. *)

Die Scherrer Erben AG sollte raschmöglichst liquidiert werden, weil die zu bezahlenden Steuern immer höher werden.

Er empfiehlt, die Rechnung abzunehmen und der Verwaltung den besten Dank auszusprechen, insbesondere Herrn Buchegger für seine grosse Arbeit.

Herr Stadtrat Karl Pfister, Finanzvorstand, ist bereit, die Fragen wegen der Liquidation der Scherrer Erben AG und des Defizites des Restaurants Gibeleich zur Prüfung entgegenzunehmen. Der Stadtrat werde im Laufe dieses Jahres auf die gestellten Fragen antworten.

Herr Stadtrat Willi Müller orientiert, dass das Restaurant Alterssiedlung durch den Volksdienst geführt wird und zudem alkoholfrei ist, was einen rentablen Betrieb erschwert.

Es werde jedoch mit allen Mitteln versucht, das Defizit in Zukunft zu reduzieren.

*) Ergänzung siehe Protokoll der 4. Sitzung vom 2. September 1974



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 21. Mai 1974 und in Anwendung von § 43 Ziffer 6 der Gemeindeordnung -

b e s c h l i e s s t :

1. Die Rechnung für das Jahr 1973 des Politischen Gutes mit dem angeschlossenen Fonds wird genehmigt.
2. Der Einnahmen-Ueberschuss des ordentlichen Verkehrs von Fr. 1'705'411,54 wird wie folgt verwendet:
 - Zuweisung an den Steuerausgleichs-
fonds Fr. 505'411,54
 - Zuweisung an den Fonds für ausser-
ordentliche Ausgaben Fr. 1'200'000,--
3. Die Abrechnung über die Anschaffung des Tanklöschfahrzeuges und die Bauabrechnung über den Bau des Meteor-Wasserkanals Werft III bis Glatt werden genehmigt.
4. Mitteilung an
 - Bezirksrat Bülach
 - Finanzvorstand
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

4. Abnahme diverser Bauabrechnungen

Elektrizitätswerk

4.1 BA Transformatorenstation Holiday Inn

- Brutto-Baukosten	Fr.	166'029,40
- Kreditüberschreitung	Fr.	15'829,40

4.2 BA Transformatorenstation Eich
mit Kabelzuleitung

- Brutto-Baukosten	Fr.	147'434,35
- Kreditunterschreitung	Fr.	6'365,65

4.3 BA Transformatorenstation Glatt-Tor
mit Kabelzuleitung

- Brutto-Baukosten	Fr.	168'410,--
- Kreditunterschreitung	Fr.	8'590,--

4.4 BA Transformatorenstation Au mit
Kabelanlage und Strassenbeleuchtung

- Brutto-Baukosten	Fr.	245'015,30
- Kreditüberschreitung	Fr.	6'015,30

4.5 BA Kabelanlage Frohdörfli/Holzwise

- Brutto-Baukosten	Fr.	165'115,60
- Kreditunterschreitung	Fr.	1'884,60

Wortbegehren werden keine gestellt.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge der Betriebskommission und des Gemeinderates und in Anwendung von § 43 Ziffer 6 der Gemeindeordnung -

b e s c h l i e s s t :

1. Die Bauabrechnungen des Elektrizitätswerkes

BA Transformatorenstation Holiday Inn		
- Brutto-Baukosten	Fr.	166'029,40
- Kreditüberschreitung	Fr.	15'829,40

BA Transformatorenstation Eich mit Kabelzuleitung		
- Brutto-Baukosten	Fr.	147'434,35
- Kreditunterschreitung	Fr.	6'365,65

BA Transformatorenstation Glatt-Tor mit Kabelzuleitung		
- Brutto-Baukosten	Fr.	168'410,--
- Kreditunterschreitung	Fr.	8'590,--

BA Transformatorenstation Au mit Kabelanlage und Strassenbeleuchtung		
- Brutto-Baukosten	Fr.	245'015,30
- Kreditüberschreitung	Fr.	6'015,30

BA Kabelanlage Frohdörfli/Holzwise		
- Brutto-Baukosten	Fr.	165'115,60
- Kreditunterschreitung	Fr.	1'884,60

werden genehmigt.

2. Für die Kreditüberschreitungen von Fr. 15'829,40 für die Trafo-Station Holiday Inn und Fr. 6'015,30 für die Trafo-Station Au werden die Nachtragskredite gewährt.

3. Mitteilung an

- Bezirksrat Bülach
- Werkvorstand
- Finanzvorstand
- Betriebsleiter techn. Betriebe
- Stadtkanzlei
- Finanzverwaltung



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Wasserversorgung

4.6 BA Wasserversorgungs- und Hydranten-
anlage Platten/Balsberg

- Brutto-Baukosten	Fr.	481'445,35
- Kreditüberschreitung	Fr.	61'445,35

4.7 BA Entsandungs- und Entkeimungsan-
lage Pumpwerk Opfikon

- Brutto-Baukosten	Fr.	92'286,85
- Kreditüberschreitung	Fr.	28'011,85

4.8 BA Verbindungs- und Erschliessungs-
leitungen in der Bruggwisen

- Brutto-Baukosten	Fr.	170'201,05
- Kreditüberschreitung	Fr.	27'201,05

Herr Werner Kobel erkundigt sich, welche weiteren Begründungen der Kreditüberschreitungen ausser der Teuerung vorhanden gewesen sind.

Herr Stadtrat Aldo Bernetta, Werkvorstand, gibt bekannt, dass bei der Wasserversorgungs- und Hydrantenanlage Platten/Balsberg die Teuerung 14 % ausgemacht habe. Weitere Mehrkosten seien beim Durchstoss des Bahndammes aufgetreten.

Bei der Entsandungs- und Entkeimungsanlage Pumpwerk Opfikon seien ausser der Teuerung Mehrkosten für die Umspriessung der Au-Grube entstanden.

Bei den Verbindungs- und Erschliessungsleitungen in der Bruggwisen war eine Projektänderung nötig zufolge Trasseänderung der Transit-Leitung Zürich - Kloten.

Weitere Wortbegehren werden nicht mehr gestellt.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge der Betriebsleitung und des Gemeinderates und in Anwendung von § 43 Ziffer 6 der Gemeindeordnung -

b e s c h l i e s s t :

1. Die Bauabrechnungen der Wasserversorgung

BA Wasserversorgungs- und Hydranten-
anlage Platten/Balsberg

- Brutto-Baukosten Fr. 481'445,35
- Kreditüberschreitung Fr. 61'445,35

BA Entsandungs- und Entkeimungs-
anlage Pumpwerk Opfikon

- Brutto-Baukosten Fr. 92'286,85
- Kreditüberschreitung Fr. 28'011,85

BA Verbindungs- und Erschliessungs-
leitungen in der Bruggwisen

- Brutto-Baukosten Fr. 170'201,05
- Kreditüberschreitung Fr. 27'201,05

werden genehmigt.

2. Für die Kreditüberschreitungen von Fr. 61'445,35 für die Wasserversorgungs- und Hydrantenanlage Platten/Balsberg und Fr. 28'011,85 für die Entsandungs- und Entkeimungsanlage Pumpwerk Opfikon und Fr. 27'201,05 für die Verbindungs- und Erschliessungsleitungen in der Bruggwisen werden die Nachtragskredite gewährt.

3. Mitteilung an

- Bezirksrat Bülach
- Werkvorstand
- Finanzvorstand
- Betriebsleitung techn. Werke
- Finanzverwaltung
- Stadtkanzlei



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

5. Interpellation Hans Leemann betreffend Alternative zur projektierten Nordumfahrung

Herr Hans Leemann begründet seine Interpellation wie folgt:

"Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich möchte Sie einleitend über das Nationalstrassennetz in unserer Region orientieren, damit Sie sehen, wie aktuell der Bau der Nordumfahrung geworden ist.

Die Nationalstrassen enden heute vor den Toren der Stadt Zürich. Von Westen her führt die N.1 bis zum Hardturm, von Süden her endet die N.3 beim Sihlhölzli und von Osten her ist der Ast bis zum Tierspital im Bau. Was noch fehlt, sind die Verbindungen zu diesen 3 Punkten. Diese Verbindungen nennt man das Express-Strassen-Y.

Eine Volksinitiative verlangt nun, dass der Kanton Zürich der Bundesversammlung eine Standesinitiative einreicht, die fordert, dass einerseits das Express-Strassen-Y aus dem Nationalstrassennetz eliminiert wird und andererseits die Südumfahrung inkl. Seetunnel in das Nationalstrassennetz aufgenommen wird. Die Nordwestumfahrung von Zürich ist schon seit 1970 Bestandteil des Nationalstrassennetzes.

Ein Gegenvorschlag der kantonsrätlichen Kommission ist am 17. Juni 1974 vom Kantonsrat gutgeheissen worden. Dieser Gegenvorschlag beinhaltet folgende Kompromisslösung. Der immissionsarme und umweltfreundliche Teil des Y, der I-Ast, soll gebaut werden. Hingegen wird der Westast vorläufig weggelassen und durch den beschleunigten Bau der Nordwestumfahrung ersetzt.

Dass das Express-Strassen-Y zu einem Politikum geworden ist, ist auch in unserer Gemeinde kein Geheimnis mehr. Meines Erachtens hat der Kantonsrat mit seinem Entscheid einen geschickten Schachzug getan. Die Gegner des Y werden es bei der Abstimmung am 22. September nicht einfach haben, ihren Standpunkt zu vertreten. Allerdings hat der Kantonsrat mit seinem Gegenvorschlag den "Schwarzen Peter" zum Teil von der Stadt Zürich an



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

die Anliegergemeinden der Nordwestumfahrung weitergeben.

Opfikon ist eine dieser Anlieger-Gemeinden und wird vom Nordost der Nordwestumfahrung durchschnitten. Gemäss dem kantonsrätlichen Gegenvorschlag soll dieser Nordost, die sogenannte Nordumfahrung, erste Priorität erhalten. Somit wird unsere Stadt in naher Zukunft mit Immissionsproblemen konfrontiert, wie sie in der Stadt Zürich schon seit einiger Zeit vorhanden sind.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zum Kernpunkt meiner Interpellation. Einerseits möchte ich auf die Immissionsprobleme, die auftreten können, aufmerksam machen, andererseits eine für alle Seiten befriedigende und umweltfreundliche Lösung anstreben.

Glattbrugg wird nicht nur von der Nordumfahrung als wichtige Verkehrsachse betroffen, sondern auch von der sogenannten Flughafenautobahn N.l.b. Der grösste Teil der Flughafenautobahn auf unserem Gemeindegebiet ist bereits erstellt. Es fehlt noch das Teilstück von der Glattbrücke bis zum Zusammenschluss mit der Nordumfahrung. Das heutige Projekt der Nordumfahrung sieht vor, die Fahrbahnen ab Gemeindegrenze Wallisellen auf einen 5 - 6 m hohen Viadukt quer durch das Oberhauserried bis kurz vor der Schaffhauserstrasse zu führen.

Die Nordumfahrung und die Flughafenautobahn werden bei der Wohnüberbauung Au mit Anschluss-Schlaufen miteinander verbunden. Diese Anschlussäste befinden sich zum Teil noch eine Etage höher als die Nordumfahrung.

Der Stadt Opfikon fällt die Aufgabe zu, das Industriegebiet Oberhausen zu erschliessen. Es ist vorgesehen, dies mit der projektierten Südstrasse, die das gleiche Trasse aufweist wie die Nordumfahrung, zu tun.

Wenn man eine Verkehrsanlage kritisieren will, muss man folgende Tatsache berücksichtigen. Es ist nicht die Strasse an sich, die den störenden Lärm und die übrigen Immissionen bringt, sondern es sind die Motorfahrzeuge. Da aber weder Sie noch ich auf das Auto verzichten



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

können oder wollen, bleibt nur die Möglichkeit, eine umweltfreundliche und immissionsarme Strassenanlage zu bauen. Aenderungen der Linienführung in unserer Gemeinde vorzunehmen, ist aus folgenden Gründen nicht realistisch:

1. Die Nordumfahrung sowie die Flughafenautobahn sind Bestandteil des Nationalstrassennetzes, dem das schweizer Volk 1958 zugestimmt hat.
2. Bei einer Aenderung der Linienführung würden die Immissionsprobleme nur einer anderen Gemeinde oder Region zugeschoben werden.
3. Durch den Bau der Nationalstrassen wird das übrige Strassennetz im Raume Opfikon/Glattbrugg entlastet.

Damit eine Strasse immissionsarm gestaltet werden kann, muss das Längenprofil entsprechend festgelegt werden. Das Längenprofil des heutigen Projektes der Nordumfahrung ist für unsere Stadt in keiner Weise zumutbar, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Nordumfahrung soll in 5 - 6 m Höhe an den bestehenden Wohnüberbauungen Au und Ecke Talacker-/Thurgauerstrasse vorbeiführen.
2. Die Nordumfahrung soll in 5 - 6 m Höhe die Abgrenzung zu einer gültigen 4-geschossigen Wohnzone bilden.
3. Der Anschluss von der Nordumfahrung zur Flughafenautobahn befindet sich unmittelbar bei der Wohnüberbauung Au in einer Höhe von 10 - 11 m ab dem heutigen Boden.

Aus diesen drei Gründen fordere ich den Stadtrat auf, sich bei den kantonalen oder eventuell eidgenössischen Instanzen für eine umweltfreundlichere Lösung einzusetzen.

Ich möchte es nicht unterlassen, noch auf die Orientierung des kantonalen Baudirektors, Herrn Alois Günthart, in



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Glattbrugg zu sprechen zu kommen. Ich war sehr erstaunt, dass anscheinend durch die Intervention des CVP-Kantonsrates Hans Eberle und meinen Zeitungsartikel im Stadt-Anzeiger und Zürichbieter an dieser Orientierungsversammlung von einer Projektänderung gesprochen wurde. Der Baudirektor schlägt eine Variante vor, die vorsieht, nach der Ueberquerung der Glatt die Nordumfahrung abzusenken, im Einschnitt durch das Oberhauserried zu führen und die Thurgauerstrasse sowie die SBB-Linie mit einem Tunnel zu überqueren. Daraus ist doch zu ersehen, wie stark man beim kantonalen Tiefbauamt an einer umweltfreundlichen Lösung interessiert ist.

Uebrigens ist mir auch bekannt, dass gemäss einer Kostenschätzung diese Variante kostenmässig im gleichen Rahmen gehalten werden kann wie das Stelzenprojekt.

Die vom Kanton vorgeschlagene Projektänderung scheint mir aber nicht die optimalste Lösung zu sein. Für die bestehende Wohnüberbauung Au würde das keine wesentliche Verbesserung bringen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass auf der ganzen Länge die Tunnellösung angestrebt werden sollte.

Gemäss den Richtlinien "Immissionsschutz an Nationalstrassen" käme noch eine Um- und Auszonung des viergeschossigen Wohngebietes nördlich der Nordumfahrung in Frage. Auch mit dieser Lösung wäre den bestehenden Ueberbauungen Au und Ecke Talackerstrasse/Thurgauerstrasse nicht geholfen, abgesehen davon, dass gewisse Infrastrukturmassnahmen falsch getroffen worden wären. Ich denke hier an die Dimensionierung von Kanalisation, Bevölkerungsprognosen etc.

Ich bin mir bewusst, dass eine Tunnellösung Mehrkosten verursachen kann. Doch, gemessen am Effekt, werden diese Mehrkosten kaum in Erscheinung treten. Nach den bis heute gemachten Erfahrungen ist es sicher auch keine Utopie mehr, einen Tunnel zu verlangen. Im Gegenteil: diese Lösung entspricht der Realität.

Bauvorstand Georges Gross erklärt, dass der Stadtrat bereit sei, die Interpellation entgegenzunehmen. Die



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Antwort werde später erfolgen.

Herr Stadtrat Eugen Moor macht noch darauf aufmerksam, dass Projektänderungen angestrebt wurden, bevor irgendwelche öffentliche Veranstaltungen durchgeführt worden seien. Die Stadt Zürich dränge ebenfalls auf eine Tief- lage. Der Regierungsrat habe sich mit verschiedenen Varianten befasst.

6. Interpellation Dr. Th. Ulrich
Antwort des Stadtrates

Herr Stadtrat Fridolin Kläusler, Gesundheitsvorstand, verliest die Antwort auf die Interpellation betreffend die ärztliche Versorgung wie folgt:

"Zur objektiven Beurteilung und Lösung des Problems der ärztlichen Versorgung bedarf es vorerst des Erkennens der Bedingungen. Infolge starker Spezialisierungstendenzen haben wir heute einen besonderen Mangel an Hausärzten. Die Aerztesgesellschaft hat erkannt, dass durch die zunehmend psychosomatischen Krankheiten die breite, vom persönlichen Vertrauen getragene Basisbetreuung vom Hausarzt am besten erbracht wird und fördert deshalb die Ausbildung von Allgemeinpraktikern.

Dem Hausarzt und Spezialisten stehen heute durch den Fortschritt der Medizin Apparate und Labors zur besseren Diagnose und Behandlung zur Verfügung. Eine optimale Nutzung zum Wohle des Patienten hat zwangsläufig zur Verlagerung der Tätigkeit in die Praxis geführt. Dadurch wird der Hausbesuch immer mehr auf die absolut zwingenden Fälle beschränkt, was aber andererseits durch die grössere Mobilität der Patienten diesen vermehrt zugemutet werden kann.

Im besonderen stellt sich in der Allgemeinpraxis das Problem der Wartezeit, indem zwischen dem System mit Voranmeldung und Wartezeit bis zum Besuch oder dem der Wartezeit in der Praxis mit dem Besuch am gleichen Tag gewählt werden kann. Es ist dies aber auch eine Organisationsfrage, die durch unpünktliches Erscheinen



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

oder Fernbleiben des Patienten nicht immer leicht zu lösen ist.

Die ärztliche Versorgung einer Gemeinde im Einzugsgebiet der Stadt Zürich kann nicht allzu statistisch im kleinen Ortsraum erfasst werden. Dies bringt aber nicht nur die Vorteile grösserer Auswahl, sondern auch zusätzliche Probleme im Notfall und Hausbesuch, der dann durch den ortsansässigen Arzt geleistet wird. Eine zufriedenstellende Lösung wird also nur im Finden geeigneter Hausärzte zu erreichen sein. Diese benötigen aber zum Aufbau einer rechten Existenz nicht nur Notfälle und Hausbesuche, sondern sollten durch den entsprechenden Zuspruch der Bevölkerung eine breite Tätigkeit entfalten können.

Die Gesundheitsbehörde hat schon seit längerer Zeit Gespräche mit den Aerzten und der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich geführt. Herr Regierungsrat Dr. Bürgi beauftragte darauf Herrn Dr. Howald von der Aerztegesellschaft, bis am 6. September 1974 für Opfikon einen weiteren Arzt zu suchen. Als letzte Frist für die Eröffnung einer Praxis wurde der 1. Juli 1975 festgelegt. Falls diese Bemühungen negativ verlaufen sollten, stellte die Gesundheitsdirektion eine Bewilligung für einen Arzt ohne eidgenössisches Diplom in Aussicht. Im weiteren sind seitens unserer Behörde auch noch mögliche Bewerber direkt angeschrieben und in Kliniken Stellenanzeigen veröffentlicht worden.

Nachdem nun noch Herr Dr. Spitzer halbtags in der Industrie arbeitet, hat sich der Gesundheitsvorstand mit den Aerzten und der Aerztegesellschaft zur Klärung der hängigen Probleme in Verbindung gesetzt. Dabei zeigte sich, dass - je nach dem Umfang der weiteren Arbeit von Herrn Dr. Spitzer - ein bis zwei weitere Aerzte in der Richtung "Allgemeinpraxis" und "Kinder" gesucht und die nötigen Praxisräume beschafft werden müssen. Zur Zeit laufen Inserate in der Aerztezeitung, und es werden weitere Kontakte gepflegt.

Die Gesundheitsbehörde wird im Einvernehmen mit der Aerztegesellschaft alles unternehmen, die ärztliche Versorgung zu gewährleisten.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Tragen auch Sie Ihren Teil bei, indem Sie mithelfen, die Bevölkerung mit den Problemen eines optimalen Verhaltens in der Beziehung Patient - Arzt vertraut zu machen. So wird es sicher gelingen, die vom Vertrauen der Bevölkerung getragenen Aerzte zu erhalten.

An dieser Stelle möchten wir aber auch noch unseren Aerzten den Dank für ihren bisherigen Einsatz aussprechen und hoffen, dass sie auch weiterhin zum Wohle unserer Bevölkerung tätig sein werden."

Herr Dr. Th. Ulrich erklärt sich mit der Antwort befriedigt. Er beantragt Diskussion.

Der Rat beschliesst mit offensichtlichem Mehr Diskussion.

Herr Dr. Th. Ulrich macht darauf aufmerksam, dass seine Interpellation in der Presse in positivem Sinne aufgenommen wurde. Er präzisiert, es seien vor allem die ausländischen Aerzte im Zürcher Unterland, die keine Hausbesuche machen wollen.

Herr Werner Kobel unterstützt den Vorstoss von Herrn Dr. Ulrich. Er erläutert einen Fall, den er selber erlebt hat. Der Stadtrat soll dafür sorgen, dass ein Arzt herangezogen werden kann, der gewillt ist, Hausbesuche vorzunehmen.

Frau Helen Kunz möchte den Stadtrat anfragen, ob nicht ein Kinderarzt verpflichtet werden könnte, Notfälle zu übernehmen.

Herr Stadtrat Fridolin Kläusler macht darauf aufmerksam, dass es nicht leicht sei, das Problem zu lösen. Es müsse regional betrachtet werden. Kinderärzte stehen in der Nachbarschaft zur Verfügung. Heute könne auch festgestellt werden, dass die Zahl der Medizinstudenten im Steigen begriffen sei. Er hofft, dass es der Stadt gelingen werde, das Problem im guten Sinne zu lösen.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

7. Wahl der Mitglieder der Planungskommission

Die Mitglieder erhielten den Protokollauszug des Stadtrates vom 11. Juni 1974 und die Geschäftsordnung der Planungskommission zugestellt.

Herr Stadtrat Gross macht darauf aufmerksam, dass laut Gemeindeordnung die Wahl durch den Grossen Gemeinderat vorgenommen werde. Er gibt einen Ueberblick über die Aufgaben der Planungskommission:

Leitbild der Gemeinde, Teilbauordnungen,
Revision der Bauordnung und des Zonenplanes,
Spielplätze, Fussgängerbereiche etc.

Ueber die Zusammensetzung will sich der Stadtrat bewusst nicht äussern.

Herr Hans Rudolf Leemann stellt im Namen der FdP-Fraktion den Antrag, dass für die Wahl der Planungskommission ausschliesslich Nichtparlamentarier vorzuschlagen seien. Damit sei die Möglichkeit geboten, die Planung auf eine breitere Basis abzustützen.

Herr Karl Ruetz ist überrascht von der Stellungnahme der FdP und des Herrn Leemann. Anlässlich der interfraktionellen Konferenz konnte man sich einigen, dass ein Wahlvorschlag aus Mitgliedern des Grossen Gemeinderates unterbreitet werde. Dieser Vorschlag, dass nur Gemeinderäte gewählt werden sollen, fand eine kleine Mehrheit.

Herr Urs von Tobel gibt seinem Erstaunen über die Voten von Herrn Leemann Ausdruck. Der Gemeindeverein sei für eine offene Planung. Er wolle die Gemeindeordnung beachten. Sofern Parlamentarier in der Planungskommission sind, ist für einen guten Informationsfluss Gewähr geboten. Sollte es nötig sein, Spezialkommissionen zu schaffen, könnte man an die weitere Bevölkerung denken.

Herr Peter Hasslinger macht den Vorschlag, dass bei der Wahl der Planungskommission vier Mitglieder aus dem Gemeinderat und vier aus dem Volk zu bestimmen seien.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Herr Dr. Th. Ulrich findet, dass das Geschäft ein erster Prüfstein für das junge Parlament sei. Anlässlich der interfraktionellen Konferenz sei keine Einigung zustande gekommen. Es sei nun Sache des Rates, hier den Weg zu finden. Herr Leemann habe die Begründung gegeben. Es sind verschiedene Bürger zur Mitwirkung bereit. Diejenigen Parlamentarier, die sich in die Planungskommission wählen lassen, werden früher oder später in Interessenkonflikte geraten. Die Planungskommission soll kein politisches Gremium darstellen.

Herr Dr. Peter Zollikofer votiert für freie und ungebundene Bürger.

Herr Walter Büchi erklärt, dass hier offensichtlich ein Missverständnis vorliege. Die interfraktionellen Konferenz war sich nicht bewusst, dass zuerst eine Grundsatzdiskussion stattfinden sollte. Als Fraktionsvertreter sei er der Auffassung, dass acht Mitglieder aus dem Grossen Gemeinderat zu wählen seien. Hernach könnte die Aufteilung in Arbeitsgruppen vorgenommen werden. Die Bekanntgabe der Nominierungen könne erfolgen.

Herr Karl Ruetz bittet seine Kollegen, sich zum Vorschlag der interfraktionellen Konferenz zu äussern.

Herr Dr. Robert Schindler fragt sich, was die interfraktionelle Konferenz eigentlich zu vertreten habe. Sie bereite die durch das Parlament zu treffenden Wahlen vor. Grundsatzentscheide sollten nicht ausserhalb des Parlamentes gefällt werden. *)

Herr Bruno Tantanini weist auf die notwendige Gesamtrevision der Ortsplanung hin. Diese benötige wesentlich mehr Leute und Ideen. Heute solle man acht Personen wählen und nachher die Arbeitsgruppen bilden.

Herr Dr. Th. Ulrich antwortet Herrn Dr. Zollikofer bezüglich freier oder ungebundener Bürger. Es handle sich um dasselbe. Ob sie einer Partei angehören oder nicht, sei egal.

Herr Urs von Tobel gibt zu bedenken, dass lediglich 5 - 10 % der Bevölkerung einer Partei angehören. Ein guter Querschnitt sei daher nicht gegeben.

*) Ergänzung siehe Protokoll vom 2. September 1974



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Herr Dr. Schindler ist der Auffassung, dass verantwortungsbewusste Bürger für ein Amt vorzusehen seien. Das gebe einen guten Querschnitt.

Herr Robert Straumann glaubt, dass die Nominationen aus dem Kreise des Gemeinderates kommen sollten, um so mehr, als die interfraktionelle Konferenz in diesem Sinne Beschluss gefasst habe.

Herr Rolf Jelinek gibt die Stellungnahme des Landesringes bekannt. Derselbe sei für den Beizug des Bürgers. Nachdem aber an der interfraktionellen Konferenz beschlossen wurde, die Mitglieder der Planungskommission aus dem Gemeinderat zu wählen, habe man sich diesem Vorgehen angeschlossen.

Herr Werner Kobel staunt über die heutige Diskussion. Die Gemeindeordnung datiere vom 23. September 1973 und sei am 31. Oktober 1973 vom Regierungsrat genehmigt worden. Er stelle einen Rückweisungsantrag und beauftrage das Büro, die Frage abzuklären, ob es rechtlich zulässig sei, die Planungskommission zum Teil aus Mitgliedern des Parlamentes zu wählen. Sollte dies nicht eindeutig feststehen, müsste die Gemeindeordnung geändert werden.

Herr Fridolin Banz vertritt die Auffassung, dass verschiedene Vorschläge unterbreitet werden können.

Der Vorsitzende unterbricht hier die Sitzung kurz und ruft das Büro zu einer Beratung zusammen.

Herr Dr. H. Wiederkehr fragt im Auftrage des Büros Herrn Kobel an, ob er bereit sei, seinen Ordnungsantrag zurückzustellen, bis der Grundsatzentscheid gefällt sei.

Herr Werner Kobel ist bereit, darauf einzutreten, obwohl er Auftrag zur rechtlichen Abklärung erteilt hat.

Herr Stadtpräsident Bruno Begni will die Wahl nicht beeinflussen. Er kann lediglich mitteilen, dass Winterthur eine gemischte Planungskommission besitze, deren Rechtmässigkeit ausser Zweifel stehe.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Hierauf wird die Eventualabstimmung vorgenommen. Sie lautet wie folgt:

a) Wer will die Mitglieder der Planungskommission aus dem Rat wählen?

19

b) Wer will die Mitglieder der Planungskommission ausserhalb der Ratsmitglieder wählen?

7

c) Wer ist für eine gemischte Wahl, also Ratsmitglieder und Nichtsratsmitglieder?

8

Frage b) vereinigt am wenigsten Stimmen auf sich. Folglich werden die Fragen a) und c) einander gegenübergestellt.

Frage a) vereinigt 18 Stimmen auf sich.

Für Frage c) stimmen 14 Mitglieder.

Herr Werner Kobel zieht seinen gestellten Rückweisungsantrag zurück, nachdem der Grundsatzentscheid nun erfolgt ist und die Erklärung betreffend Rechtsgültigkeit abgegeben wurde.

Herr Walter Büchi schlägt namens der interfraktionellen Konferenz folgende Kandidaten als Mitglieder der Planungskommission vor:

1. Hans Leemann	CVP
2. Jürg Lanz	EVP
3. Ernst Weber	FdP
4. Bruno Tantanini	GV
5. Karl Kuhn	GV
6. Helen Kunz	LdU
7. Werner Surber	SP
8. Jakob Altorfer	SVP



PROTOKOLL
DES GROSSEN
GEMEINDERATES
OFFIKON

60

SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Herr Peter Hasslinger erkundigt sich, ob allfällig für den abwesenden Kandidaten Surber ein anderer Vorschlag eingebracht werden könne.

Frau Brigitta Spörndli hält an der Kandidatur Surber fest mit der Bemerkung, dass er wieder zurück sei, bis die Kommission das erste Mal tage.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht eingebracht, die vorgeschlagenen werden als gewählt erklärt.



SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Schluss der Sitzung

Rekurse gegen Beschlüsse können gemäss § 151 des Gemeindeggesetzes innert 20 Tagen an den Bezirksrat Bülach eingereicht werden.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben.

Der Vorsitzende wünscht allen Parlamentariern recht erholsame und vergnügte Ferien. Die nächste Sitzung wird am 2. September 1974 stattfinden.

Für richtiges Protokoll

Der Ratssekretär

H. J. J. J.
.....



PROTOKOLL
DES GROSSEN
GEMEINDERATES
OFFIKON

SITZUNG VOM 1. Juli 1974

Protokoll geprüft
Der Ratspräsident

Büchi
.....

Der 1. Vizepräsident

Wiederkehr
.....

Der 2. Vizepräsident

W. Büchi
.....